



Klimamarkt Ammerland

Pflicht für Solarstrom – Kabinettsentwurf in Niedersachsen hinkt anderen Bundesländern hinterher



Niedersachsen will die erneuerbaren Energien weiter voranbringen und 2050 klimaneutral wirtschaften. Nach Einschätzung von Umweltminister Lies benötigt Niedersachsen 65 Gigawatt verfügbare Leistung aus der Solarenergie, um bis 2040 eine Nettoversorgung mit Elektrizität aus regenerativen Quellen zu erreichen. Dazu soll ein Großteil der benötigten Leistung, 50 Gigawatt, auf Dächern von Häusern und Gewerbebauten produziert werden.

Aber lediglich neue Gewerbegebäude ab 75 Quadratmetern Dachfläche sind laut Kabinettsentwurf mit Solarpanelen zu bestücken. Neue Wohngebäude müssen nur für Solaranlagen auf dem Dach nachrüstbar sein, nicht aber tatsächlich PV-Anlagen bekommen. Und Ausnahmen von dieser Pflicht sollen möglich sein. Bau- und Umweltminister Lies begründet dies mit den Diskussionen um den Bau bezahlbarer Wohnungen dem Ziel, die Vorgaben für den Wohnungsbau auf ein Minimum zu beschränken. In Kraft treten diese Regelungen am 1. Januar 2022.

Während andere Bundesländer eine Solarpflicht für alle neuen Dächer längst umgesetzt haben, darf bezweifelt werden, ob die für Niedersachsen beschlossenen Maßnahmen die Potenziale ausschöpfen werden. Hier ist es notwendig, viel entschiedener die Energiewende zu vollziehen. Vorgaben für die Bauleitplanung in den Kommunen zum Beispiel, die die Nutzung erneuerbaren Energien für die Gebäude festlegen, Speichersysteme vorsehen, Abkehr von der generellen Erdgasversorgung von Baugebieten (in den Niederlanden längst umgesetzt), die Infrastruktur für die Elektromobilität in den bebauten Arealen fördern – diese Instrumente werden weder in der Niedersächsischen Bauordnung noch in sonstigen Verordnungen eingeführt. Wird all das reichen, um tatsächlich die Energiewende herbei zu führen? Vermutlich kaum!

Außerdem soll es zukünftig Windkraftanlagen auf Waldflächen geben können, in der Regel in Nutzforsten, nicht auf geschützten Flächen. Die besonders sensiblen Bereiche werden also nicht kategorisch ausgenommen. Dabei sind große Windräder in Wäldern aus Sicht des Arten- und Naturschutzes besonders umstritten. So wird der Konflikt zwischen dem erforderlichen Ausbau erneuerbarer Energien und dem Natur- und Landschaftsschutz nur angeheizt.





Klimamarkt Ammerland

Dafür will das Land die Bauordnung ändern, wie das Bauministerium am Dienstag mitteilte.

Nach dem Gesetzentwurf betrifft die neue Pflicht zum Solarstrom Neubauten mit überwiegend gewerblicher Nutzung ab 75 Quadratmetern Dachfläche. Außerdem müssen Bauherrinnen und Bauherren bei der Planung neuer Wohngebäude künftig sicherstellen, dass sich Solaranlagen auf dem Dach zumindest nachrüsten lassen. Nur in Ausnahmefälle könne die Pflicht entfallen. "Vor dem Hintergrund der Diskussionen um den Bau von bezahlbaren Wohnungen ist es uns aber gleichzeitig wichtig, die Vorgaben für den Wohnungsbau auf ein Minimum zu beschränken", so Bau- und Umweltminister Olaf Lies (SPD).

Grüne halten Pläne für zu zögerlich



Nach Einschätzung von Lies benötigt Niedersachsen 65 Gigawatt verfügbare Leistung aus der Solarenergie, um bis 2040 eine Nettoversorgung mit Elektrizität aus regenerativen Quellen zu erreichen. 50 Gigawatt davon sollen demnach auf Dächern von Häusern und Gewerbebauten produziert werden. Das Bauministerium setzt mit dem Entwurf ein Anliegen des Landtages aus dem vergangenen November um. Dieser hatte die Landesregierung unter anderem dazu aufgefordert, das Landesbaurecht zugunsten des Solar-Ausbaus zu ändern. Die Grünen halten die Pläne für zu zögerlich. "Während in anderen Bundesländern längst eine Solarpflicht für alle neuen Dächer gilt, will Niedersachsen lediglich Regeln für große Dächer auf

neuen Gewerbegebäuden schaffen", hieß es. Der nächste Schritt ist die sogenannte Verbandsbeteiligung. Hierbei können sich beispielsweise Umweltverbände und Kommunen einbringen. Die Änderungen sollen dann zum 1. Januar 2022 in Kraft treten.

Konflikt um Windkraft

Auch für den Windkraft-Ausbau sind am Dienstag im Kabinett die Weichen gestellt worden. Hier gibt es nun bereits zum zweiten Mal eine Verbandsbeteiligung. In den neuen Erlass sind laut Lies 35 Stellungnahmen eingeflossen. Niedersachsen ist derzeit bundesweit Spitzenreiter in Sachen Windkraft. Zuletzt war die Erweiterung jedoch ins Stocken geraten. Vielerorts gibt es heftigen Widerstand von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Menschen, die sich für Naturschutz einsetzen. Das Land will bis 2050 klimaneutral wirtschaften. Lies will dafür unter anderem Windkraftanlagen auf bestimmten nicht geschützten Waldflächen bauen. Wie aus dem Windenergie-Erlass hervorgeht, sollen generell mehr Flächen für neue oder nachgerüstete leistungsstärkere Windräder erschlossen werden.

Analyse: Anlagen auch in Wäldern denkbar

Der Landesverband Erneuerbare Energien Niedersachsen-Bremen (LEE) hatte am Montag eine Analyse vorgelegt, die auch eine vorsichtige Nutzung von Windkraft im Wald als möglich ansieht. Dabei soll es sich in der Regel um Nutzforste handeln, Flächen in Schutzgebieten seien nicht vorgesehen. Schon lange schwelt ein Konflikt zwischen dem klimapolitisch erforderlichen Ausbau erneuerbarer Energien und Bedenken von Natur- und Landschaftsschützern. Dabei sind große Windräder in Wäldern besonders umstritten. In der vom LEE beauftragten Untersuchung heißt es, dass dort bis zu 3,7 Prozent der Fläche "behutsam" nutzbar wären. Voraussetzung: Wohnsiedlungen sind mindestens 800 Meter und Einzelhäuser mindestens 500 Meter entfernt.

Quelle: <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Solarstrom-Pflicht-soll-Energiewende-in-Niedersachsen-pushen,energiewende572.html>